




Der Kampf eines Mannes



Seit eineinhalb Jahren steht Henry Lindemeier vor dem Russischen Haus in Berlin, um für die Ukraine zu demonstrieren. Dass der deutsche Staat diese Einrichtung trotz Sanktionen auch noch mitfinanziert, macht ihn fassungslos.



Von Sebastian Herrmann, Georg Ismar (Text) und Friedrich Bungert (Fotos)

16. Dezember 2025 | Lesezeit: 12 Min.



Schenken

Merken

Teilen

Feedback

Drucken

Henry Lindemeier zieht den Stoff seiner Ukraine-Fahne über die Alustange, hängt sich eine Bluetooth-Box mit Gurt über die Schulter und ein Schild vor die Brust. Aus seinem Kragen blitzt der gelbe Dreizack des Wappens der Ukraine hervor, der im T-Shirt eingestickt ist. Er knallt den Kofferraum zu, schließt sein Auto ab. Dann marschiert er los, in seinen Kampf.

Henry Lindemeier, 63 Jahre alt, Brille, schulterlange Haare, Unternehmer, Psychotherapeut, Tangotänzer und Freund selbstgedrehter Zigaretten, läuft jetzt mit geschulterter Fahnenstange die Friedrichstraße entlang. Es ist der 9. Dezember, er nennt ihn „Großkampftag“.

Seit eineinhalb Jahren veranstaltet Lindemeier vor dem Russischen Haus die wohl längste Ein-Mann-Demo des Landes, für die Ukraine, für ein freies Europa, für eine Schließung des Russischen Hauses. Viele Anwohner kennen ihn, die im Russischen Haus kennen ihn, die Polizei sowieso.

Was ist das also mit diesem Haus und Herrn Lindemeier? Den meisten fällt der Bau an der Friedrichstraße gar nicht auf, dabei ist es eines der größten russischen Kulturinstitute weltweit. 29 000 Quadratmeter misst der Komplex, eröffnet 1984, klassische sozialistische Architektur. Betreiber ist die staatliche Behörde Rossotrudnitschestwo, die seit Juli 2022 auf der Sanktionsliste der EU steht. „Rechtsfolge der Sanktionierung ist eine Einfrierung

von Vermögenswerten sowie ein wirtschaftliches Bereitstellungsverbot“, sagt das Auswärtige Amt.

Das heißt, eigentlich dürften hier gar keine kommerziellen Veranstaltungen mehr stattfinden. Aber das ist nur das eine: Es gibt in dem Komplex womöglich auch Dutzende Mietwohnungen mit – so der Verdacht der Staatsanwaltschaft – entsprechenden Einnahmen. Auf den Klingelschildern stehen allerdings nur Nummern.



Die Frage ist also: Wer wohnt hier, was genau wird in diesen Räumen gemacht? Die Staatsanwaltschaft Berlin teilt mit, es laufe aktuell ein Ermittlungsverfahren „gegen Unbekannt bzw. gegen Mieter des Russischen Hauses wegen Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz“. Gleichzeitig zahlt der deutsche Staat weiter die fällige Grundsteuer für den Gesamtkomplex in der Berliner Friedrichstraße, 70 000 Euro im Jahr, aus dem Bundeshaushalt. Das sieht ein deutsch-russisches Abkommen so vor.

Vieles, was hier im und rund um das Haus passiert, wirkt wie eine Provokation, als gäbe es keinen Krieg in der Ukraine, keine Sanktionen, keine russischen Cyberangriffe auf Deutschland. Genau das findet Henry Lindemeier alles unfassbar. Und ja, diese ewige Protestiererei scheint ihm irgendwie schon auch zu gefallen. Aber sie setzt ihm mittlerweile auch zu. Und zwar ziemlich.

Dabei ist er nicht allein mit seinen Fragen. Um das Haus wird schon lang gestritten. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Robin Wagener kritisiert die Bundesregierung seit Monaten wegen des Russischen Hauses. Er findet, dass hier eindeutig Sanktionsverletzungen vorliegen. Am Telefon ist ihm sein Ärger anzuhören: „Es kann nicht sein, dass diese Propagandabude auch noch Geld von uns bekommt und die Russen von dort ihren Informationskrieg gegen uns führen.“ Er verweist etwa darauf, dass sich das Russische Haus im Winter den Berlinern als „Wärmestube“ andiente, da sie sonst wegen der Ampel-Politik frieren müssten. Ein Haus der Kultur? Er sieht da gleich mehrere Sanktionsverstöße. Er fragt sich, ob Vermietungsgeschäfte mit den Wohnungen in den oberen Stockwerken legal wären? Die Verkäufe von Eintrittskarten für Theaterstücke oder Konzerte im Russischen Haus über professionelle Anbieter?

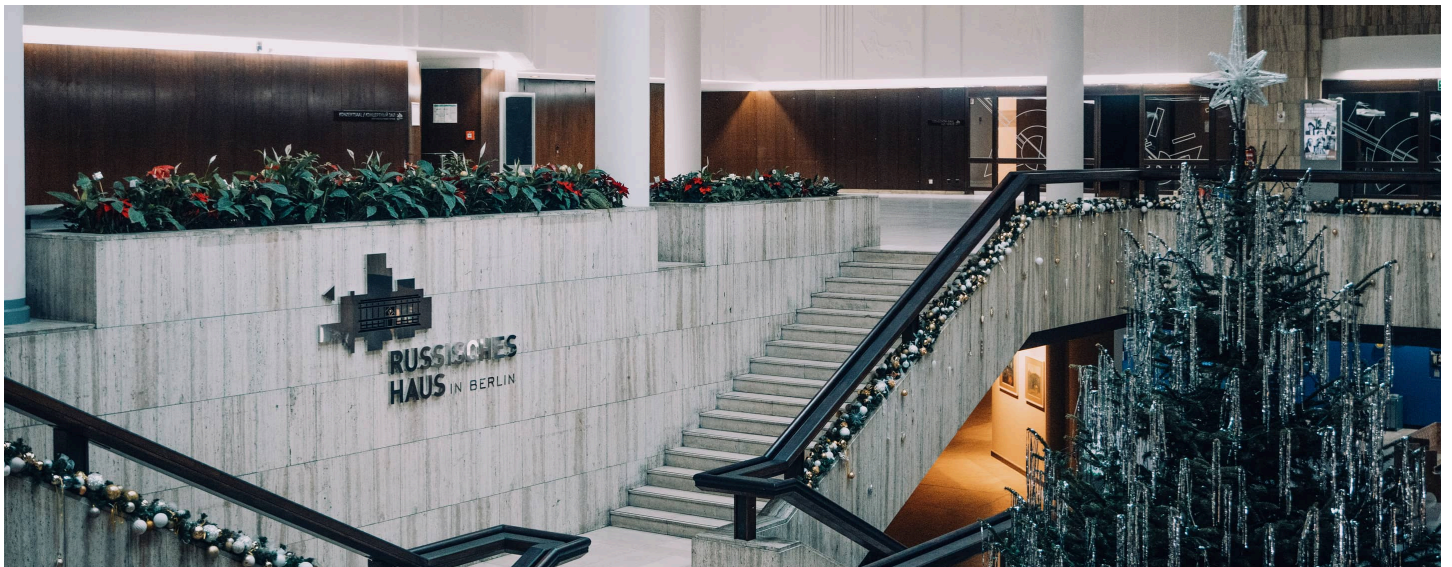
Vor dem Eingang stehen etwa zwanzig Polizisten. Sie sind seinetwegen hier

Der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter nennt das Haus einen verlängerten Arm Putins in Berlin, „das als Umschlagplatz für Desinformation wirkt“. Er sieht es als politisches Instrument Russlands, das dreist die Sanktionen umgehe und unverzüglich geschlossen werden müsse.

Was auch immer die gerade mal zweieinhalb Kilometer vom Russischen Haus entfernt im Bundeskanzleramt geführten Gespräche zwischen Ukrainern, Europäern und Amerikanern über einen möglichen Frieden in der Ukraine bringen werden, wird man sehen. Aber von all dem scheinen die Russen ja ohnehin nicht sehr beeindruckt zu sein.

Das russische Selbstbewusstsein zeigt sich auch hier am Russischen Haus. Der 9. Dezember ist einer der wichtigsten Tage in ihrem Jahreskalender – also auch für Lindemeier. Als er mit seiner Fahne vor dem Portal ankommt, rieseln aus einer Kanone über dem Eingang künstliche Schneeflocken auf die Zweige eines stattlichen Weihnachtsbaums, der auf dem Bürgersteig steht. Aus einer Box beschallt russische Weihnachtsmusik die Straße, Eltern mit ihren Kindern gehen ins Haus, weil Väterchen Frost heute dort Geschenke an Kinder verteilt.

Im Foyer steht ein weiterer Tannenbaum.



Rein kommt man heute aber nur mit Einladung und nach einem Sicherheitscheck wie am Flughafen. Das Haus ist festlich beleuchtet, die Fensterfront über dem Portal erstrahlt weiß-blau-rot, die Farben Russlands, mitten in Berlin. Ehrengäste fahren in dunklen Limousinen vor, gerade kommt die Botschafterin von Lesotho, Mafelile Molala. Alles funkelt.

Zur gleichen Zeit lässt in der Ukraine ein russischer Drohnenangriff in der Stadt Sumy die Stromversorgung zusammenbrechen. Ukrainische Kinder bekommen von den Russen keine Geschenke, sondern Raketen.

Etwa zwanzig Polizisten stehen vor dem Eingang des Russischen Hauses. Sie sind hier wegen Henry Lindemeier, der jetzt an seinem Smartphone herumnestelt. Plötzlich heulen Luftalarmsirenen aus seiner Bluetooth-Box. Genau so, wie sie täglich in der Ukraine ertönen. „Attention. Air Raid Alert. Proceed to the nearest shelter“, dröhnt eine Stimme aus der Box. Passanten schauen sich kurz um, gehen weiter.

Kaum hat sich Lindemeier aufgebaut, bauen sich auch die Polizisten auf. Sie erteilen ihm einen Platzverweis und eskortieren ihn rüber auf die andere Straßenseite, vor das „Einstein Kaffee“. Henry Lindemeier, der ein streitlustiger Mensch ist, gerät jetzt aneinander mit dem Einsatzleiter der Polizei vom Abschnitt 28. Irgendwann fragt er ihn, ob er seinen Amtseid auf die deutsche oder doch eher auf die russische Verfassung geleistet habe.

Kulturinstitut? Er hält das hier eher für eine russische Propagandazentrale

Ein paar Unterstützer stehen um die zwei Männer herum. Lindemeier wollte an diesem Tag nicht wie sonst so oft allein demonstrieren. Aber zu seinem „Großkampftag“ sind gerade mal fünf Leute gekommen. Es gab schon mal mehr Unterstützung für die Ukraine. Und größeren Druck auf das Russische Haus.

2023 etwa weigerte sich das Servicezentrum Finanzsanktionen der Bundesbank mit Sitz in München, Rechnungen für das Russische Haus zu begleichen. Die Bundesbank-Behörde musste eine Freigabe erteilen, da dort eingefrorene Gelder verwahrt wurden. Es ging dabei um die sehr hohen Stromkosten über mehrere Monate. Da diese auf einen wirtschaftlichen Betrieb schließen ließen, also einen möglichen Verstoß gegen die Sanktionen, weigerte man sich zu zahlen. Auch, weil detaillierte Fragen unbeantwortet blieben. Man wollte von den Betreibern des Hauses etwa wissen, welcher Stromverbrauch „auf den Veranstaltungsbetrieb, auf die Versorgung von Wohnungen, auf die Versorgung von Büroräumlichkeiten und Verkehrsflächen (Flure, etc.) und auf sonstige Nutzungen (ggf. nähere Ausführungen zur Art der Stromnutzung)“ entfallen sei.

Das Russische Haus klagte gegen die Bundesbank, aber der Bayerische Verwaltungsgerichtshof urteilte am 24. Juni 2025, dass das Handeln der Bank korrekt war. Wie und ob seitdem die Stromkosten und andere Zahlungen trotz eingefrorener Vermögen beglichen werden, beantwortet das Russische Haus auf SZ-Anfrage nicht.



Regeln nicht befolgen ist das eine. Regeln einfordern das andere. Um sich den nervigen Henry Lindemeier von der Türpforte zu halten, nutzt man im Russischen Haus die Mittel des deutschen Rechtsstaates ausgiebigst. Für den 9. Dezember haben die Betreiber einfach eine eigene Veranstaltung mit dem Titel „Lassen Sie sich nicht provozieren!“ angemeldet. Lindemeier erfuhr davon in der Nacht davor durch eine Mail der Berliner Polizei, die ihm mitteilte, er dürfe deshalb seine Demo vor dem Haus an diesem Tag nicht abhalten.

Lindemeier diskutiert noch immer mit dem Polizisten auf der anderen Straßenseite. Er habe doch am 16. September seine Dauer-Demo für mehrere Monate verlängert, bis Mai 2026 könne er damit montags bis freitags immer von 16 bis 20 Uhr da drüben, am Eingang des Russischen Hauses, demonstrieren. Also doch wohl auch an diesem 9. Dezember. So sieht er das. Die Polizei aber hat die vom Russischen Haus angemeldete Versammlung als wichtiger eingestuft. Es sei bei widerstreitenden Grundrechtspositionen „nach dem Grundsatz der praktischen Konkordanz“ zu verfahren, teilt die

Polizei der SZ mit. Auf dem Gehsteig gegenüber ist allerdings gerade nichts zu sehen von einer Gegenveranstaltung.

Normalerweise kann ja jeder rein in das Russische Haus und sich zum Beispiel gleich bei den Toiletten im Erdgeschoss die Ausstellung über die unruhige und komplizierte, turbulent und ereignisreiche Geschichte des Hauses ansehen. Eine Postkarte von 1910 zeigt das prachtvolle Hotel Kaiser, das hier stand, bis es im Zweiten Weltkrieg zerbombt wurde. Anfang der Achtzigerjahre, also zu DDR-Zeiten, erging dann der Auftrag an die VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin, ein „Haus der Sowjetischen Kultur und Wissenschaft“ zu errichten. Bauherr war der Verband der sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft und kulturelle Beziehungen mit dem Ausland. Im Juli 1984 wurde der Bau eröffnet. Man sei eine „Brücke zwischen den Völkern beider Länder“, steht auf einer Schautafel. Auch eine Seite der *Bild*-Zeitung vom Oktober 2023 hängt in der Ausstellung: „Kreml-Propaganda-Zentrale darf einfach weitermachen.“ Es wirkt fast wie eine Trophäe.

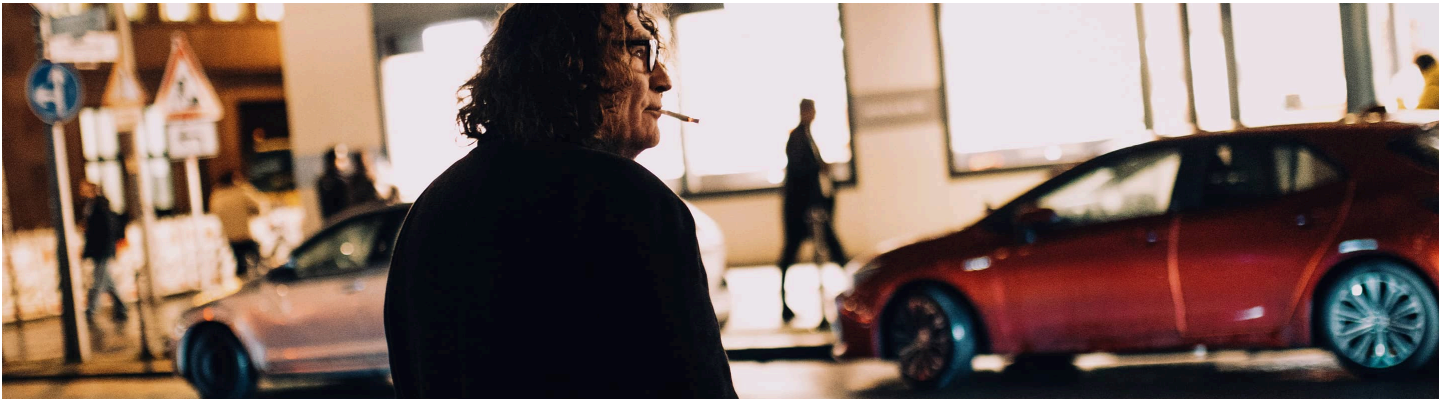
Ihn macht fassungslos, dass der deutsche Staat diesen feindseligen Ort finanziert

Seit eineinhalb Jahren steht Henry Lindemeier also bei Sonne, Regen oder Schnee vor dem Russischen Haus, an fünf Tagen in der Woche, ausgestattet mit Ukraine-Fahne, Bluetooth-Box und einem Schild, auf dem steht: „Russische Kultur in der Ukraine: Kriegsverbrechen, Kindermord & Kindesentführung, Vergewaltigung & Folter, Kunstraub & Landraub. In Deutschland: Spionage & Sabotage“. Und dann in noch größerer Schrift: „Schließt endlich dieses Haus!“

Angefangen hat er mit diesem Protest im Mai 2024, eigentlich wollte er hier auch mit Russen ins Gespräch kommen. Nur: Es gab keine Gespräche, sondern Anzeigen. Aber bei Gegenwind wird Henry Lindemeier eher hartnäckig. Für ihn ist dieses Haus eine verkappte Propagandazentrale Moskaus mitten in der deutschen Hauptstadt. Er ist sich sicher, dass von hier aus mutmaßlich Desinformation und Spionage unterstützt wird, auch wenn er dafür keine Beweise hat.

Nach außen präsentiert sich das Russische Haus als Ort der Kultur. In den Schaufenstern werben Plakate für Sprach- und Töpferkurse. Im Café „Russischer Hof“ im ersten Stock kann nur bar bezahlt werden, keine Kreditkarten, wegen der Sanktionen. In den Regalen stehen Samoware, auf der Speisekarte Borschtsch, Pelmeni, Wareniki und Soljanka.

Im hauseigenen Kino laufen Filme, oft in russischer Sprache mit englischen Untertiteln.



Zum Inventar des Hauses gehört mittlerweile auch ein Schild für Henry Lindemeier.



Der gelbe Aufsteller steht zusammengeklappt hinter der Eingangstür, jederzeit einsatzbereit. Zu sehen ist darauf ein Männchen mit Fahne in einem roten Warndreieck. Auf Deutsch und auf Russisch steht da: „Achtung Provokationsgefahr“.

Lindemeier eckt an, schon immer. Sein Heimatdorf Berenbach in der Eifel betrachtet er als einen Ort, aus dem er sich vor allem befreien musste. Dem Wunsch der Eltern, Maschinenbau zu studieren, folgte er nur bis zum Vordiplom, er sattelte um auf Psychologie, wurde früh Vater, ging auf Reisen, gründete eine Beratungsfirma, verkaufte das Unternehmen und setzte dann in der richtigen Phase in Berlin auf die richtigen Immobiliengeschäfte.

Dann überfielen die Russen im Februar 2022 die Ukraine, und Henry Lindemeier wurde zu dem, der er jetzt ist. Er hat offenbar das Geld, um sich ein Leben als Dauerdemonstrant leisten zu können. Zwischendurch fährt er immer wieder Hilfstransporte in die Ukraine oder überführt auch mal Krankenwagen dorthin.

Der Krieg habe ihn damals kalt erwischt, sagt Lindemeier jetzt vor dem „Einstein Kaffee“, dann dreht er sich erst mal eine Zigarette. Es sei eine richtige Lebenskrise gewesen. „Das ist ein Angriff auf alles, was ich gut finde, das freie, demokratische Europa.“ Dass Russlands Führung daran arbeitet, Europa zu destabilisieren, sei ihm schon seit 2015 klar, sagt er. Er sieht das so: Es könne doch nicht sein, dass der deutsche Staat diesem feindseligen Russland auch noch einen Ort finanziere, den es als Basis für seinen hybriden Krieg gegen das freie Europa nutzen könne. „Das ist mein eigentliches Thema, der Angriff auf das freie Europa.“ Und ja, sagt er, er sollte wohl auch

eine EU- oder eine Nato-Fahne dabei haben, hat er manchmal sogar, aber er ist ja so schon voll bepackt.

Man kennt ihn hier mittlerweile. Und er kennt jede einzelne Kamera, die am Haus hängt

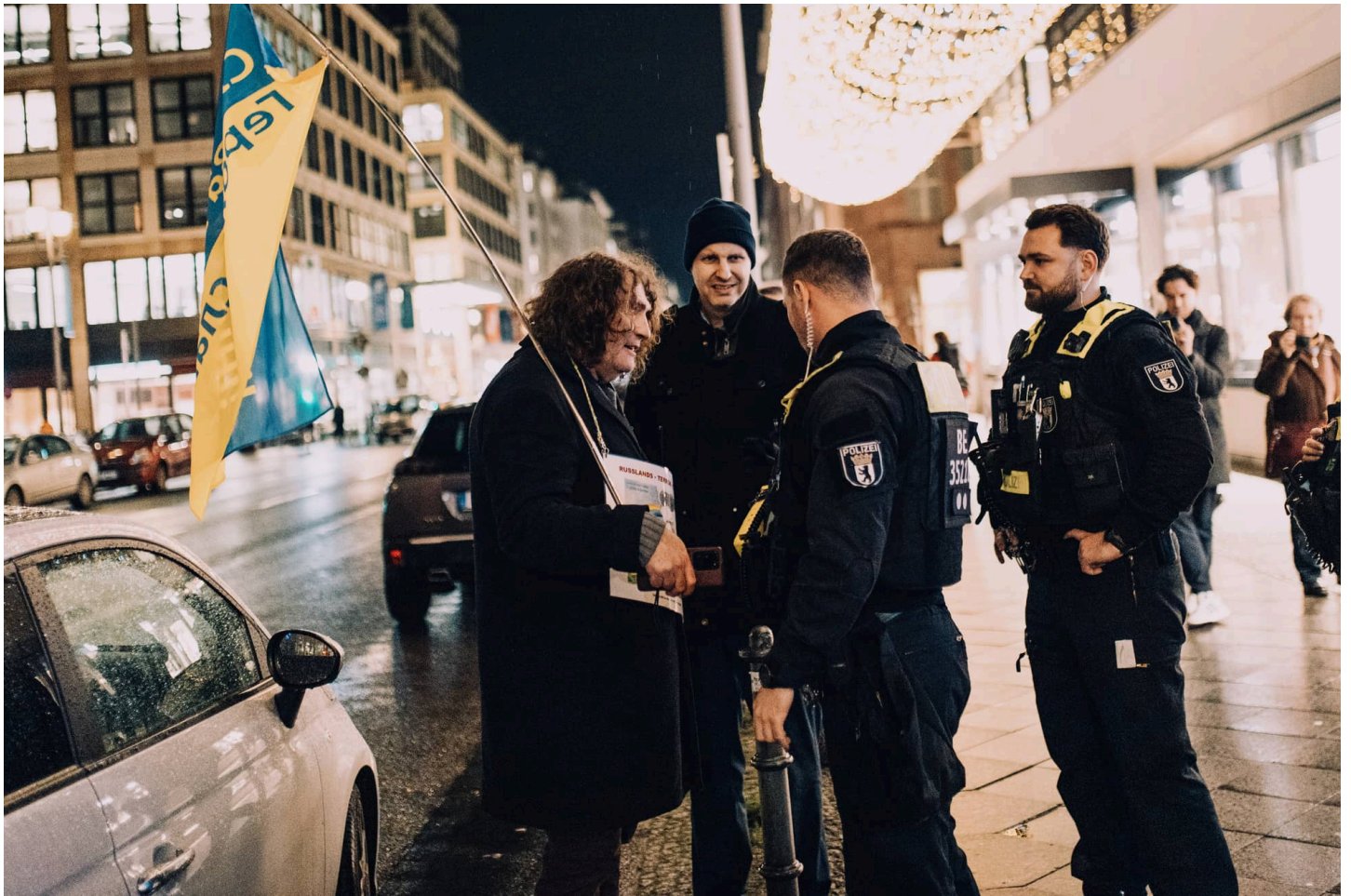
Lindemeier steht hier normalerweise nicht einfach nur rum, sondern er quatscht Leute an, die ins Haus gehen, lässt immer wieder die Alarmgeräusche aufheulen oder spielt ukrainische Freiheitslieder ab. Es gibt ein Video von ihm, auf dem er mit seiner Ukraine-Fahne um eine Frau herumspringt, die ein russisches Fähnchen in der Hand hält. Er sei schon öfter tätlich angegriffen worden, sagt er und zeigt ein paar verwackelte Handyvideos. Einmal sei jemand aus dem Russischen Haus gekommen und habe ihm ins Gesicht geschlagen.

Aber auch Zuspruch gebe es. Mittlerweile kennt man ihn hier in der Gegend. Ein älterer Herr, ehemals Professor für Geschichte in der DDR, habe ihn regelmäßig besucht, und ein Afghanistan-Veteran habe ihm mal eine Flasche Multivitaminsaft gekauft. Und dann ist da die Frau, die nur ein paar Häuser weiter wohnt. Sie war auch heute schon da und sagte: „Am wichtigsten ist, dass man seine Meinung sagen darf, wir leben schließlich in einer Demokratie.“

Lindemeier kennt mittlerweile jede Kamera, die am Russischen Haus hängt. Und das sind einige. Und er kennt die Männer, die ihn observieren. Trifft er sich mit Unterstützern vor dem „Einstein Kaffee“, setze sich garantiert einer von denen an einen Nachbartisch. Der Direktor des Hauses habe ihm mal das Smartphone vor das Gesicht gehalten und mehr als eine Minute lang gefilmt. Und ja, das mache ihm Angst.

Das mache ihm sogar mehr Angst als die mehr als hundert Anzeigen aus dem Russischen Haus. Und die drei Strafbefehle. Wegen fortgesetzter Ruhestörung und Beleidigung musste er einmal mit zur erkennungsdienstlichen Behandlung. „Ich weiß nicht, was noch kommen wird.“ Die Polizei will zum

genauen Umfang der Akte Lindemeier „aus datenschutzrechtlichen Gründen“ nichts sagen.



Sicher ist: Wenn Lindemeier da ist, ist auch die Polizei da. Die russischen Betreiber des Hauses rufen sie. Aber noch nie seien die Zermürbungsversuche so groß gewesen wie momentan, sagt Lindemeier. Auch die der Polizei. Er ist ein Kämpfer, aber jeder Kampf kommt an Grenzen. Es sei für ihn schwierig, wenn Polizei und Staat sein Demonstrationsrecht zugunsten der Russen einschränkten. So sieht er das. Bei der Polizei glauben sie, dass er gezielt den Konflikt mit dem Russischen Haus suche.

Na ja, es sei ja sein Anliegen, auf die Verbrechen aufmerksam zu machen. Lindemeier fragt sich manchmal, wessen Freiheit die Polizei hier eigentlich verteidigt. Er ist fassungslos, dass er an seinem Großkampftag noch nicht mal als Einzelperson vor dem Russischen Haus die Ukraine-Fahne zeigen dürfe. Er packt seine Sachen ins Auto und geht dann noch mal zurück zu den anderen vor dem „Einstein Kaffee“.

Lindemeier versteht einfach nicht, warum dieses Haus noch nicht geschlossen wurde. Das Auswärtige Amt sieht dafür bis heute keine Handhabe. Es gibt ein Abkommen, vereinbart am 4. Februar 2011, das den Status des Russischen Hauses der Wissenschaft und Kultur in Berlin und zugleich des Goethe-Instituts in Moskau regelt. Würde Berlin gegen das Haus an der Friedrichstraße vorgehen, könnte Moskau auch das Goethe-Institut in der russischen Hauptstadt dichtmachen. Der Grünen-Abgeordnete Wagener findet, dass in dem Fall die Schließung des Goethe-Instituts in Moskau eindeutig das kleinere Übel wäre. „Die spucken auf den Vertrag, und wir klammern uns an die Illusion eines kulturellen Austausches“, sagt er am Telefon.

Konzerte, Aufführungen, sie tun einfach so, als gäbe es keine Sanktionen

Das Abkommen sei nach Artikel 26 der Wiener Konvention über das Recht der Verträge zu erfüllen, sagen sie dagegen im Auswärtigen Amt. Ohnehin lässt der Vertrag eine einseitige Kündigung erst nach 99 Jahren zu, das wäre in 85 Jahren. Und zum Vertrag gehört halt auch, dass Deutschland die Grundsteuer für das Russische Haus zu zahlen hat, eben jene 70 000 Euro im Jahr.

Währenddessen machen sie im Russischen Haus, was eigentlich gar nicht sein dürfte: Der Programmkalender ist prall gefüllt mit Konzerten, Aufführungen und anderen Angeboten, als gäbe es keine Sanktionen. Im Dezember wird unter anderem ein „Sprachklub für Russischlernende – Russisch an der Spree“, ein Klavierkonzert von Nikolai Kuznetsov und das Stück „Unser Vater ist das Väterchen Frost“ angeboten.

Für Henry Lindemeier ist der Tag gelaufen, er schaut sich das Treiben auf der anderen Seite an, russische Weihnachtsmusik wabert herüber. Er habe keine Lust mehr auf dieses Spiel, sagt Lindemeier, er klingt müde.

„Die Russen haben gewonnen.“ Schweigen, sekundenlang. „That’s it.“



Dann kommt der Einsatzleiter der Polizei noch mal zu ihm und seinen Anhängern rüber. Er sagt: „Herr Lindemeier. Sie unterhalten sich ja hier wei-

ter.“ Da er hier nun offenbar den Kontakt zu anderen Aktivisten suche, müsse das als unangemeldete Versammlung gewertet werden. „Dafür geben sie mir noch eine Anzeige, hundert Prozent“, sagt Lindemeier.

Und dann legt er los, redet von Amtseidverletzung und anderem. Der Polizist sagt, er denke jeden Tag an seinen Eid auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, aber „wir haben hier die Sensibilitäten des Russischen Hauses – und von Ihnen“. Neben Lindemeier steht plötzlich sein Anwalt, er hat ihn offenbar angerufen. Der versucht jetzt zu vermitteln. Nicht gerade erfolgreich. Die Polizei lässt keinen weiteren Protest zu, der Einsatzleiter ermahnt Lindemeier, keine weiteren Aktionen zu starten.

Lindemeier sagt, er habe keine Lust mehr, „der bekloppte Typ zu sein“, der hier rumsteht. Mal sehen, ob er nach Weihnachten noch weitermachen wird mit seinem Kampf vor dem Russischen Haus für die Ukraine, für Europa. Eine Unterstützerin will ihn in den Arm nehmen, er windet sich raus, nee, lass mal, „sorry, ich bin heute etwas dünnhäutig“. Durch die Fenster auf der anderen Straßenseite ist zu sehen, wie im Russischen Haus die Eltern Fotos der Kinder mit Väterchen Frost machen. Die Schneekanone am Eingang läuft auf Hochtouren.

Text: Sebastian Herrmann, Georg Ismar; **Fotos:** Friedrich Bungert; **Digitales Storytelling:** Karin Steinberger; **Schlussredaktion:** Brigitte Fleischer

© SZ - Rechte am Artikel können Sie [hier](#) erwerben.